

Niederschrift

über die 9. Sitzung (Sondersitzung) / 16. Wahlperiode des Hauptausschusses des Rates der Stadt Burscheid am 7. Januar 2016

Sitzungsort: Sitzungssaal im Rathaus, Zi.-Nr. 2.41
Höhestraße 7 – 9, 51399 Burscheid

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesend sind:

1. Bürgermeister Caplan

die Mitglieder (AM)

Dr. Schepanski
Idel
Gierse – stellv. f. Buttkus
Baack – stellv. f. Leide
Papazoglou

Becker, Klaus
Kühn
Engels – stellv. f. Wisnagrotzky

Baggeler
Höttgen

Wurmbach

Weber

Pieper

beratendes Mitglied ohne Stimmrecht (bM)
Wolfram

2. entschuldigt fehlt:

Buttkus
Leide

3. von der Verwaltung

Wilke
Lagotzky
Haendeler
Bergfelder-Weiss – Schriftführerin

4. Gäste

12 Bürger/innen
2 Pressevertreter
MdR Hambüchen, Müller, Wirths
H. Baack, H. Berger

	Bezeichnung der Vorlage	Drucksachen-Nr.
	Tagesordnung Öffentlicher Teil	
109.	Beratung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015	
110.	Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, Planungsvarianten Berichterstatter: Herr Caplan/Herr Lentz/Herr Wilke	244/16
111.	Mitteilungen und Verschiedenes	
112.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
	Nichtöffentlicher Teil	
113.	Grundstücksverkauf	
114.	Mitteilungen und Verschiedenes	
115.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	

Öffentlicher Teil

Bürgermeister Caplan eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr; begrüßt die Anwesenden und stellt einleitend fest, dass die Einladung frist- und formgerecht zugegangen ist. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Einwohnerfragestunde:

Im Verlauf der Einwohnerfragestunde gehen Anmerkungen und Fragen von Anwohnern der Straßen Eulenflug und Luisenstraße/Luisental zum geplanten Bauvorhaben für Flüchtlinge ein und werden von Bürgermeister Caplan beantwortet.

Herr Vehlewald, Luisenstraße, berichtet, er habe auf seine Anfrage beim Kreisbauamt die Auskunft erhalten, das jetzt freie Grundstück des ehemaligen Wohnheims sei nicht für eine Wohnbebauung zugelassen. Sollte dies jetzt doch der Fall sein, werde er den Klageweg nutzen, denn er habe beabsichtigt, dieses Grundstück zum Zwecke der Wohnbebauung zu kaufen. Herr Holzki berichtet, eine gegenteilige Auskunft des Kreises bekommen zu haben.

Bürgermeister Caplan dankt für die Hinweise und erklärt, auch die Stadt brauche für ihr Vorhaben eine Baugenehmigung. Eine Bauvoranfrage sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gestellt.

Der Bitte, im Verlauf der Berichterstattung auch Anfragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger zuzulassen, stimmen Bürgermeister und Ausschussmitglieder zu.

109. Beratung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 12.11.2015

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Form angenommen.

110. Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, Planungsvarianten 244/16

Bürgermeister Caplan schildert die aktuelle Flüchtlingssituation in Burscheid und berichtet im Sinne der Vorlage, die zwei Varianten als Grundsatzentscheidung sowie entsprechende Finanzierungsmodelle enthält. Auf die Frage, wann mit der Umsetzung des Planungsvorhabens zu rechnen ist, verweist er auf die zunächst zu fassende Grundsatzentscheidung und selbst wenn sehr schnell gebaut werden könnte, benötige eine Realisierung des Vorhabens mindestens sieben bis acht Monate.

AM Becker beantragt aufgrund weiteren Beratungsbedarfs der SPD-Fraktion eine Vertagung und Einberufung einer erneuten Sitzung.

AM Wurmbach erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in die Planung für Flüchtlingsunterkünfte auch eine spätere Nutzung als Studentenwohnheim einzubeziehen. Damit werde ein Aspekt für eine langfristige städtebauliche Entwicklung berücksichtigt, wenn sich die Flüchtlingssituation löst. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort Luisental werde allerdings für diesen Zweck als „etwas problematisch“ gesehen.

AM Kühn fragt ob es richtig sei, dass für eine Flüchtlingsunterkunft pro Wohneinheit 1,5 Stellplätze vorgehalten werden, obwohl die Landesbauordnung hierfür nur einen Stellplatz vorsehe.

Bürgermeister Caplan sagt eine genaue Auskunft mit der Niederschrift zu.

Antwort (Stab 61): Die Landesbauordnung NRW sieht pro Wohnungseinheit einen Stellplatz vor. Um jedoch auch Parkmöglichkeiten für Besucher zu schaffen, werden i.d.R. zwei Stellplätze eingeplant; im Falle dieses Bauvorhabens hält die Verwaltung die Berücksichtigung von 1,5 Stellplätzen für sinnvoll.

AM Baggeler erklärt für die BfB-Fraktion, sie halte das Projekt grundsätzlich für sinnvoll und tendiere deshalb zu der vorgeschlagenen Variante 1 – Flüchtlingsunterkünfte mit möglicher Nachnutzung im sozialen Wohnungsbau. Jedoch gebe es wegen des Standortes „Bauch- und Kopfschmerzen“. Daher werde einer Vertagung, wie von der SPD-Fraktion beantragt, zugestimmt.

AM Dr. Schepanski erklärt für die CDU-Fraktion, sie spreche sich grundsätzlich für die Variante 1 – Flüchtlingsunterkünfte mit möglicher Nachnutzung im sozialen Wohnungsbau – aus, stimme aber dem Antrag auf Vertagung zu.

bM Wolfram erklärt, für die LINKEN sei der geplante Standort zur Integration der Flüchtlinge zu weit vom Zentrum entfernt. Er stimmt einer Vertagung und erneuten Beratung zu.

AM Wurmbach betont die Wichtigkeit der Standortfrage. Sie sehe eine große Chance für die Zukunft, das Gebäude zunächst für die Flüchtlingsunterbringung und später für einen anderen Zweck zu nutzen. Sie räumt ein, hierfür ggfs. einen anderen Standort zu suchen. Die Verwaltung möge andere Standortmöglichkeiten prüfen, die später auch ein Studentenwohnheim realisieren lassen, wie z. B. in der Montanusstraße.

AM Becker erklärt, im Kernpunkt gebe es keine Alternativen für den Standort. Er sei jedoch bereit daran mitzuarbeiten, einen anderen Standort in Burscheid zu finden.

AM Weber hält die Alternative 2 – Flüchtlingsunterbringung mit Nachnutzung, z.B. Studentenwohnheim – nicht für sinnvoll, da weder ein Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) vorhanden noch der Standort für Radfahrer günstig sei. Auch sei der vorgeschlagene Standort 2004 im Flächennutzungsplan als Gewerbefläche dargestellt und es würden dann Gewerbeflächen verloren gehen. Wegen fehlender Standortalternativen würde die FDP-Fraktion jedoch der Alternative 1 – Flüchtlingsunterkünfte mit möglicher Nachnutzung im sozialen Wohnungsbau – zustimmen. Dem Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung und Beratung in den Fraktionen stimmt er zu.

Bürgermeister Caplan gibt zu bedenken, dass der Zeitdruck aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zur Flüchtlingsaufnahme besteht.

Über den Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung und Einberufung einer weiteren Sondersitzung noch vor Karneval lässt Bürgermeister Caplan abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

111. Mitteilungen und Verschiedenes

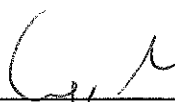
Mitteilungen liegen nicht vor

112. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es werden keine Anfragen gestellt.

Ende des öffentlichen Teils: 17:50 Uhr

Ende des öffentlichen Teils: 17:50 Uhr



Caplan
Bürgermeister



Bergfelder-Weiss
Schriftführerin